

Substanzielles Protokoll 120. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 4. April 2012, 20.30 Uhr bis 23.12 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Bruno Amacker (SVP), Gerhard Bosshard (EVP), Marlène Butz (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Lucia Tozzi (SP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|---|-----|
| 1 | | Mitteilungen | |
| 11. | 2010/69 | A/P Motion der SP-Fraktion vom 03.02.2010: Städtische Tagesschulen, Ausbau des Angebots auf zwei Ta- gesschulen mit Tageskindergärten pro Schulkreis | VSS |
| 12. | 2011/223 | A/P Motion der FDP-Fraktion vom 22.06.2011: Neuregelung der Schulzeiten an der Volksschule | VSS |
| 13. | 2011/422 | E/A Postulat von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) und Michèle Halser-Furrer (EVP) vom 09.11.2011: Ausbau von ungebundenen Tagesschulen mit freiwilliger Teil- nahme an der Mittagsbetreuung | VSS |
| 14. | 2011/224 | E/A Postulat von Katrin Wüthrich (SP) und Dr. Esther Straub (SP) vom 22.06.2011: Bereitstellung genügender Personalressourcen für die integri- ve Förderung in der schulergänzenden Tagesbetreuung | VSS |
| 15. | 2010/76 | E/A Postulat der SP-Fraktion vom 03.02.2010: Evaluationen zur Qualitätssicherung und -entwicklung bei der Kinderbetreuung in Horten, Schülerclubs und Tagesschulen | VSS |
| 16. | 2010/78 | E/A Postulat der SP-Fraktion vom 03.02.2010: Betreuungseinrichtungen der städtischen Volksschule, Quali- tätssicherung und -entwicklung, Bericht | VSS |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

Gemeinsame Behandlung der nachfolgenden drei Vorstösse GR-Nrn. 2010/69, 2011/223 und 2011/422.

2562. 2010/69

**Motion der SP-Fraktion vom 03.02.2010:
Städtische Tagesschulen, Ausbau des Angebots auf zwei Tagesschulen mit
Tageskindergärten pro Schulkreis**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Christoph Gut (SP)** begründet namens der SP-Fraktion die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 5482/2010): Die Nachfrage und der damit verbundene Ausbau der Betreuungsqualität erfordern ein neues System. Die Konstanz der Betreuungsgruppen soll sichergestellt werden, es darf nicht mehr so viele Wechsel zwischen einzelnen Horts und der Nachmittagsbetreuung geben. Die städtischen Integrationsangebote sind zwar gut, müssen aber breiter kommuniziert werden. Gerade die Eltern, die davon am meisten profitieren könnten, nutzen die Angebote oft zu wenig. Das Modell Tagesschule bietet, durch die Verknüpfung von Unterricht und Betreuung, eine vereinfachte Organisation. Wir wollen langfristig in der Stadt nur noch Tagesschulen. Die FDP will das gleiche Ziel mittelfristig erreichen. Wir unterstützen die FDP in der Zielsetzung, halten aber trotzdem an unserer Motion fest. Erst muss in den Ausbau investiert werden, um später einen Spareffekt erzielen zu können. Deshalb kann der Systemwechsel nur schrittweise funktionieren. Auch, um die Gleichbehandlung der Anmeldungen zu gewährleisten.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

***STR Gerold Lauber:** Die städtische Volksschulverordnung sieht fünf Tagesschulen in Zürich vor, weil Evaluationen gezeigt haben, dass das ein gutes Modell ist. Das bedeutet aber nicht, dass Tagesschulen verbindlich und flächendeckend für alle angeboten werden dürfen, müssen oder können. Bei der Auswahl der Eltern und des Kindes findet eine Selektion statt. Deshalb ist es erstaunlich, dass sich die SP dermassen stark für eine Ausdehnung dieses Angebots einsetzt. Wir sollten nicht weitere neun Tagesschulen schaffen, sondern lieber vergleichbare Projekte im Sinne der Gleichbehandlung. Für die angestrebten Tagesschulen besteht zudem zu wenig Raum. Die Integration in bestehende Schulhäuser bedingt, dass alle RegelschülerInnen in umliegende Schulen transferiert werden müssten. Hier kommen wir schnell an die Grenzen unserer Möglichkeiten. Oder die jetzigen fünf, verhältnismässig kleinen Tagesschulen, würden in der Betreuung und Pflege auf 100 % aufstocken. Dies würde uns pro Schulanlage viel zu viel Geld kosten. Wir sind dabei, für den Lebensraum Schule ein System auf freiwilliger Basis zu entwickeln, nah an den heutigen Schülerclubs. Eine Motion wäre zu verbindlich, als Postulat nehmen wir den Vorschlag jedoch entgegen.*

Weitere Wortmeldungen:

Ruth Anhorn (SVP): Die Betreuungsangebote sind in den letzten Jahren massiv ausgebaut worden. Kleinklassen wurden aufgelöst, fast alle Kinder besuchen heute Regelklassen. Der Ausbau von Tagesschulen würde mehr Raum beanspruchen und die Bereitstellung dieses Raums hohe Kosten verursachen. Darüber schwebt die Frage, ob überhaupt genügend Schulhäuser bereit wären, mit bestehendem Personal eine Tagesschule zu führen. Oder ob genug Eltern ihre Kinder in die Tagesschulen schicken würden. Die SVP-Fraktion lehnt deshalb die Motion GR-Nr. 2010/69 sowie – bei einer allfälligen Umwandlung – das Postulat ab.

Roger Liebi (SVP): Als das Projekt in der Kommission vorgestellt wurde, beinhaltete der Beschrieb auch eine Elternbefragung zu den Bedürfnissen ihrer Kinder. 58 % der Eltern sagten, ihre Kinder gingen nicht gerne in den Hort. In der Gesamtbeurteilung sind zudem die Öffnungszeiten der Hortstellen fast am unwichtigsten. Ich bin erstaunt, wie man darüber hinwegsieht und keine kritischen Fragen dazu stellt. Diese Vorlage mutet wie eine Diktatur der AkademikerInnen-Parteien an.

Michael Schmid (FDP): Das Volksschulgesetz gibt die Grundlage und die Stadtzürcher Schulbehörde hätte die Kompetenz, eine solche Regelung einzuführen und die Schulzeiten festzulegen. So steht es in der Antwort des Regierungsrats des Kantons Zürich auf unsere schriftliche Anfrage hin. Der Stadtrat widerspricht dem nicht, sagt aber, dass das Volksschulamt 2011 dieses Vorgehen verneint hat. Sollte nicht die Regierung über der Verwaltung stehen? Dazu findet der Stadtrat, die Motion GR-Nr. 2011/223 sei rechtlich nicht tragbar und sachlich unsinnig. Warum sollte der Antrag dann als Postulat entgegengenommen werden?

STR Gerold Lauber: Aufgrund unserer rechtlichen Bedenken hin, wandte sich die FDP schriftlich an den Regierungsrat. Michael Baumer (FDP) hat jedoch nicht alles aus der regierungsrätlichen Antwort zitiert: Nur falls eine solche Stundenplan-Regelung mit Verpflegungspause für obligatorisch erklärt würde, müsste ein formeller Schulversuch beantragt werden. Genau das würde ein Postulat ermöglichen, die Motion aber nicht.

Dr. Ueli Nagel (Grüne): Die Vorteile von Ganztageschulen, ungebundenen Tagesschulen und Schülerclubmodellen sind wissenschaftlich belegt und in punkto Unterrichtsqualität sowie Schulerfolg der SchülerInnen durchwegs positiv. Wir leben heute nicht mehr mit dem wunderbaren Familienbild. Diese Lebensrealität ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einer Abschiebung der Kinder. Tagesschulen bieten eine gute Ergänzung. Doch weil es nur fünf davon in der Stadt gibt, führt dies zu den schon angesprochenen Problemen. Die Konsequenz kann aber nicht sein, Tagesschulen als Ganzes abzuschaffen, sondern, den exklusiven Status aufzuheben. Der Ausbau hätte schon früher stattfinden müssen, nun soll er endlich vorangetrieben werden. Deshalb unterstützen wir klar den Antrag der SP in Form einer Motion. Und weil es keinen Sinn macht, einen Glaubenskrieg zwischen gebundenen und ungebundenen Tagesschulen zu führen, auch das EVP-Postulat.

Marc Hohl (FDP): In Bergregionen gehen Kinder seit jeher den ganzen Tag in die Schule und werden dort über Mittag betreut. Mit zunehmender Abwanderung aus den Dörfern nimmt die Tagesschulstruktur eher zu, weil sich die kleinen Gemeinden keine eigenen Schulen mehr leisten können. In Zürich kämpft man dafür mit der Zuwanderung. Schlussendlich kann für Stadt und Land das Tagesschulmodell richtig sein. Das Anliegen der EVP und ihr Modell der Schülerclubs geht uns zu wenig weit. Wir sind zudem überzeugt, dass unser Vorhaben günstiger ist.

Dr. Thomas Monn (SVP): Die Verkürzung der mittäglichen Verpflegungspausen auf knapp eine Stunde zu reduzieren, ist eine einseitige Bevorzugung der berufstätigen Eltern und deshalb klar abzulehnen. Hier wird das Grundrecht der Eltern und Kinder auf persönliche Freiheit verletzt. Wir sind gegen eine Verschmelzung des Schulbetriebs und des Betreuungsangebots. Kinder haben darüber hinaus auch das Anrecht auf eine ausgedehnte Mittagspause. Die Benützung vom Hort muss auch in Zukunft freiwillig bleiben.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Auch die Kinder aus Bergregionen gehen zum Mittagessen nach Hause. Die bestehenden Tagesschulen entsprechen einem Bedürfnis. Die Evaluation hat aber ziemlich klar gezeigt, dass es beide Modelle braucht. Wir haben gleich viele Kinder, die fünf Tage in den Tagesschulen sind wie Kinder, die nur während zwei Tagen diese Betreuung benötigen. Wir sind nicht gegen die Tagesschulen, aber man kann nicht nur eine Richtung weiterverfolgen. Die Motion der FDP verlangt etwas, das dem kantonalen Recht widerspricht. Nun soll der Stadtrat einen Schulversuch beantragen, nur um die Idee umzusetzen. Mit einer Motion gibt man der Stadt einen verbindlichen Auftrag und bittet sie nicht, einfach etwas daraus zu machen. Deshalb würden wir die Anliegen von SP und FDP nur als Postulate unterstützen, stehen jedoch hinter dem Postulat der EVP, weil die Schülerclubs nötig sind.

Cäcilia Hänni-Etter (FDP): Wir haben in Zürich die variantenreichste Palette von Betreuungsversionen, die es auf der ganzen Welt gibt. Gleichzeitig sind sie aber auch am teuersten. Es wäre also sinnvoll, das Ganze ein wenig zu straffen und die Angebote langfristig finanzierbar zu machen. Die SVP will die Erziehung der Kinder nicht ganz der Schule überlassen. Unser Modell würde die Kombination ermöglichen. Das gemeinsame Familienleben findet heute nicht wöchentlich über den Mittag statt, sondern primär nach der Schule und am Wochenende. Würden die Kinder mittags in der Schule essen und am Nachmittag nach Hause gehen, bedeutete dies einen Zeitgewinn für die ganze Familie. Die Berufstätigkeit beider Eltern wäre leichter zu organisieren. Ein allfälliges Angebot an Nachbetreuung könnte auf freiwilliger Basis gewährleistet werden. Das Hortangebot würde dann weniger umfangreich ausfallen.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Tagesschulen sind keine willkürlich zusammengesetzten Eliteschulen. Es gibt einen Schlüssel, wie die Klassen kombiniert werden. Es ist realistisch, dass auch in Zürich die Kinder ganztägig die Schule besuchen. Im Motionstext der FDP steht nichts über die Flexibilität, Aufteilung und zeitliche Dimension der Mittagspause. Ich hoffe, dass eine sinnvolle Vorlage ausgearbeitet wird, die dem Ziel einer Tagesschule für alle näher kommt.

Isabel Garcia (GLP): Die GLP unterstützt alle drei Vorstösse, weil alle die Betreuungszeiten verbessern wollen. Dass Kinder sich in dem unübersichtlichen und planlosen Wirrwarr aus Morgentisch, Hort, Schule und Mittagstisch wohlfühlen, bezweifeln wir. Es fordert niemand ein flächendeckendes Angebot an Tagesschulen. Es geht um die Steigerung von gebundenen Tagesschulen in einem begrenzten Rahmen. Eine Effizienzsteigerung im administrativen Bereich führt dazu, dass unsere Steuergelder in der Kinderbetreuung wirksamer eingesetzt werden. Wir müssen Schule und Betreuung unter dem Aspekt der Realität neu definieren. Die Vielfalt der Lebensformen hat zugenommen und wird weiter zunehmen. Traditionelle Familienmodelle mit strikter Aufgabenteilung gehören der Vergangenheit an. Dazu gehört auch das gemeinsame Mittagessen. In den meisten Fällen wird es durch eine gemeinsame Mahlzeit am Abend ersetzt. Der Untergang der Familie oder der Esskultur ist also nicht gegeben.

Catherine Rutherford (AL): Die Volksschule muss so gut sein, wie alle Privatschulen zusammen. Wenn dies nicht der Fall ist, fällt der soziale Zusammenhalt auseinander. Dann gehen die Privilegierten in Privatschulen und die anderen essen über den Mittag schnell ein Sandwich. Wir sind mit der SP-Motion, lehnen aber die Motion der FDP (bei Umwandlung auch das Postulat) und das Postulat der EVP ab. Sie sind primär Sparvorschläge und wir wollen in Richtung der Tagesschulen gehen.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Auf die Vereinheitlichung von Schule und Betreuung wird in der Stadt bereits jetzt mit viel Einsatz hingearbeitet. Die Defizite im Bereich Chancengleichheit gestehen wir ein und wollen mit unserer Motion diese Defizite beheben. FDP und SP wollen im Kern das gleiche, nämlich eine Tagesschule. Sie soll das Regelmodell in der Stadt sein. Wir müssen uns nur auf die Form einigen. Auf eine Form, über die sicherlich auch das Volk noch befinden muss. Schon aus diesem Grund sollten wir eine gut austarierte Lösung finden. Die FDP-Motion ist gut, aber sie darf, bei allen finanziellen Vorzügen, nicht die Betreuungsqualität ausser Acht lassen. Wir stellen deshalb einen Textänderungsantrag zur Motion GR-Nr. 2011/223 (vgl. Beschluss-Nr. 2563/2012), um die Qualität zu gewährleisten. Die Forderungen des EVP-Vorschlags erfüllt die Stadt bereits, weshalb wir diesen ablehnen.

Michael Baumer (FDP): Sehr viele Eltern schaffen es nicht, über Mittag schnell nach Hause zu eilen, um ihre Kinder entsprechend zu betreuen. Das sind keine Akademiker-Eltern, sondern solche, die nicht soviel verdienen und ihr Pensum deshalb nicht einfach reduzieren können. Unser Modell gewährleistet eine bessere Tagesstrukturierung, so, dass die Eltern mehr Zeit mit den Kindern verbringen können als vorher. Wir wollen nicht tausende neue Hortplätze schaffen, sondern gemeinsam ein Modell ermöglichen, dass den heutigen Anforderungen von Eltern und Kindern gerecht wird.

Dr. Daniel Regli (SVP): Das Familienleben findet sehr stark am Mittagstisch statt, auch wenn es nur noch ein Auslaufmodell sein soll. Wenn man auf 45 Minuten Mittagspause verkürzt, ist dies ein unheimlicher Druck für die Kinder. Sie müssen schnell heimstressen, Seelenhygiene machen, essen, spielen und dann wieder zurück in die Schule. Lasst uns doch die Zeit mit unseren Kindern am Mittagstisch zu sitzen! Alles andere ist doktrinär und totalitär.

Fabienne Nicole Vocat (Grüne): Wenn die FDP meint, dass ihre Motion billiger wird, ist das ein Irrtum. Wir haben immer noch eine Volksschulverordnung, in der die Gemeinde, dem tatsächlichen Bedarf entsprechend, weitergehende Tagesstrukturen zur Verfügung stellt. Dies kann man nicht einfach ignorieren. Auch wenn die FDP hofft, dass alle Kinder und Eltern glücklich um 14.00 Uhr Zeit miteinander verbringen können und auf jedes weitere Betreuungsangebot verzichten. Die SP ist dafür der Meinung, dass die Qualität automatisch besser wird, je mehr Ressourcen bereitgestellt werden. Ob gebundene oder ungebundene Tagesschulen oder Schülerclubs: Hauptsache, wir haben ein gutes Angebot. Aber der ultimative Schlüssel zur Zusammensetzung ist mir ein Dorn im Auge. Wir müssen darauf achten, dass alles gerecht verteilt ist und jede Schule die gleichen Chancen bekommt. Kein einziger dieser drei Vorschläge ist ein Sparvorschlag. Alle werden Geld kosten. Dieses Geld ist gut investiert, aber es ist nichts gratis und billiger wird es auch nicht.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Die Kinder sollten dort in die Schule gehen, wo sie auch wohnen. In der Wohnbaupolitik ringen wir ständig um eine gute Durchmischung. Diese wird total unterwandert mit der Unterstützung von separaten Tagesschulen. Laut städtischer Verordnung darf ein Kind nur dann in einem anderen Quartier zur Schule gehen, wenn es dort einen ausgewiesenen Hortplatz hat. Bei Tagesschulen reden wir

nicht über Hortplätze, sondern über die Schulqualität. Mit den Privatschulangeboten dividieren wir sowieso auseinander, die Volksschule könnte hier eine Klammer bieten. Doch sicher nicht mit Sondermassnahmen von gesonderten Tagesschulen und vor allem nicht mit 14 Tagesschulen pro Stadt.

Claudia Simon (FDP): *Auf der ganzen Welt gibt es Kinder, die länger in die Schule gehen. Nur unsere Kinder sind zu müde, um bis 14.00 Uhr die Schulbank zu drücken? Man kann den Schulplan so gestalten, dass am Schluss weniger kopflastige Fächer anstehen. Wir trauen unseren Kindern nichts zu. Unser Modell befürwortet, dass die Gleichbehandlung der Kinder gewährleistet ist. Roger Liebi (SVP) meinte, die Tageszeiten seien im Kommissionsbericht kein Thema gewesen. Doch die Eltern wissen ja, dass es von 7.00 Uhr bis 18.00 Uhr Betreuungsmöglichkeiten gibt.*

Christoph Gut (SP): *Es muss nicht zwingend sein, dass die Tagesschulen in einem separaten Gebäude untergebracht werden. Sie können auch Abteilungen innerhalb anderer Schulen sein. Wird die Auswahl an Tagesschulen erhöht, werden diese je länger wie mehr zu Quartierschulen. Die Betreuungszeiten und Mittagszeiten haben wir bewusst offen gelassen, weil Kindergartenkinder andere Mittagspausen benötigen als MittelstuflerInnen. Auch in der Betreuung benötigen Kindergartenkinder mehr Konstanz. Wir vertrauen auf die jeweiligen Verwaltungen, dass sie verantwortungsvoll mit dem Auftrag umgehen.*

Isabel Garcia (GLP): *Zur angeblich so wahnsinnig hohen Qualität des traditionellen Schulwesens führte die Bildungsdirektion 2011 eine Studie durch. Darin wird festgehalten, dass ein Sechstel der SchülerInnen die durchaus bescheidenen Lernziele nach elf Jahren Volksschule nicht erreicht. Die Studie beinhaltete auch Verbesserungsvorschläge: Eine frühe Förderung und den Ausbau von Tagesschulen. Ich bitte Sie, dies bei Ihrer Entscheidung zu bedenken.*

STR Gerold Lauber: *Wir haben in Zürich bereits eine Tagesschule, die in eine Regelschule integriert wurde. Es gibt dort jedoch grosse Probleme zwischen Eltern, Lehrpersonen und der Schulleitung. Dies also zu dem Vorschlag, Tagesschulen nicht in einem eigenen Gebäude unterzubringen. Es ist organisatorisch sehr schwierig und deshalb wenig realistisch.*

Christoph Gut (SP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 84 gegen 35 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2563. 2011/223

Motion der FDP-Fraktion vom 22.06.2011: Neuregelung der Schulzeiten an der Volksschule

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Claudia Simon (FDP) begründet namens der FDP-Fraktion die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 1473/2011): *Wir müssen nach neuen Formen suchen, sowohl in der schulischen, wie auch in der ausserschulischen Betreuung. Die Kinderbetreuung ist bald nicht*

mehr zahlbar, dies hat der Stadtrat selber gesagt. Unser Modell will Abhilfe schaffen und die Kinder nicht länger in der Schule behalten als nötig. In vielen Familien sind beide Elternteile berufstätig, dort sitzt also niemand am Mittagstisch. Unser Vorschlag trägt zu einer zeitgemässen und zahlbaren Schule sowie Tagesstruktur bei.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber: *Wir sind der Auffassung, dass auf die Forderung des Vorstosses nicht eingegangen werden kann, da er in verfassungsmässig garantierte Grundrechte eingreift. Für eine Umsetzung würde eine formell gesetzliche Regelung auf Gemeinde- oder Kantonebene benötigt. Weil die juristische Handhabe nicht gegeben ist, können wir den Vorstoss nur als Postulat entgegennehmen. Die FDP meint, es sei viel billiger in die bestehenden Ressourcen zu investieren. Wenn wir als Obligatorium alle Kinder über die Mittagszeit betreuen und verpflegen, muss die Infrastruktur zu 100 % gegeben sein. Auch wenn die Kinder nur zehn oder fünf Minuten essen, sie müssen essen. Wir können nicht über Qualität reden und dabei zulassen, dass die Kinder mittags mit Thermosflasche und Tupperware vor dem PC sitzen oder im Vorbeigehen schnell ins Brötchen beissen. Schliesslich haben wir Ernährungsrichtlinien zu befolgen. Kinder nachmittags zusätzlich zu betreuen, wird auch nicht günstiger.*

Weitere Wortmeldungen sowie Textänderungsantrag von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) siehe GR-Nr. 2010/69, Beschluss-Nr. 2562/2012.

Claudia Simon (FDP) ist mit der folgenden Textänderung einverstanden:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Weisung vorzulegen, welche die Schulzeiten der Volksschule neu regelt, so dass der Schulbetrieb von morgens bis nachmittags durchgehend stattfindet. Am Mittag ist eine längere Verpflegungspause vorzusehen.
Die Anzahl Lektionen richtet sich nach dem Volksschulgesetz. ~~Lehrkräfte, die am Vormittag und anschliessend an die Mittagspause unterrichten, übernehmen keine Mittags-Betreuung.~~ Die Mittagspause der Lehrkräfte sowie die Qualität des schulischen Betreuungswesens sind gewährleistet.

Claudia Simon (FDP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die geänderte Motion wird mit 78 gegen 40 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2564. 2011/422

**Postulat von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) und Michèle Halser-Furrer (EVP) vom 09.11.2011:
Ausbau von ungebundenen Tagesschulen mit freiwilliger Teilnahme an der Mittagsbetreuung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1954/2011): *Die heutigen Tagesschulen sind staatlich geförderte und mit Steuergeldern bezahlte Eliteschulen mit Privatschulcharakter. Sie haben zwar eine gute Gymi-Quote, dies jedoch nur, weil sie ihre SchülerInnen auswählen können. Dies widerspricht dem Grundsatz der Chancengleichheit und dem Grundsatz der Freiwilligkeit bei der Kinderbetreuung. Zudem würde sich die Quote sofort relativieren, wenn es überall nur noch*

Tagesschulen gäbe. Diese Auswüchse müssen gestoppt und alle Volksschulen der Stadt vereinheitlicht werden. Sie sollen genug Tagesstruktur bieten und im Quartier verankert sein. Es darf nicht sein, dass man VolksschülerInnen durch die halbe Stadt in Tagesschulen fährt. Die Motion der FDP unterstützt die EVP nur mit einer Textänderung: Wir fordern mindestens 80 Minuten Mittagszeit. Wer kann und will, soll auch am Mittag nach Hause gehen. Damit Kinder am Nachmittag wieder aufnahmefähig sind, braucht es eine genügend lange Mittagspause. Wie soll man in 45 Minuten so viele Kinder verköstigen? Selbst wenn die Kinder in der Schule gegessen haben, ist die Nachmittagsbetreuung laut der FDP-Motion noch nicht geregelt. Zahlreiche Kinder kommen den ganzen Nachmittag lang in den Hort, dies löst das Problem der Hortknappheit nicht, es gibt bloss eine Verlagerung. Weil es Lösungen braucht, schlägt die EVP den Ausbau von ungebundenen Tagesschulen vor, wie das in den Schülerclubs heute schon der Fall ist. Mit dem Unterschied: In Schülerclubs werden die Synergien zwischen Hort- und Lehrpersonal optimal genutzt. Das Sparpotenzial geht nicht zu Lasten der Qualität, sondern fällt zu Gunsten von mehr Effizienz aus.

Marina Garzotto (SVP) begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 23. November 2011 gestellten Ablehnungsantrag: *Die Nachfrage nach Tagesschulen ist deshalb so gross, weil immer mehr Eltern ihre Kinder tagsüber nicht sehen, hören oder betreuen wollen. Im Postulat der EVP heisst es, die Kinder hätten in den Tagesschulen eine gute Tagesstruktur und die Eltern eine gute Tagesbetreuung. Kinder haben auch so eine gute Tagesstruktur, die Einrichtung wäre nur zum Wohl der Eltern. Kinder gehen gerne heim in der Mittagspause, können ausspannen oder schon einen Teil der Aufgaben erledigen. Nicht alle SchülerInnen sind nonstop gern in der Schule. Die fatale Entwicklung hin zur totalen Schulbetreuung gefällt uns nicht.*

Weitere Wortmeldungen siehe GR-Nr. 2010/69, Beschluss-Nr. 2562/2012.

Das Postulat wird mit 35 gegen 84 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2565. 2011/224

Postulat von Katrin Wüthrich (SP) und Dr. Esther Straub (SP) vom 22.06.2011: Bereitstellung genügender Personalressourcen für die integrative Förderung in der schulergänzenden Tagesbetreuung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Katrin Wüthrich (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1474/2011): *Das pädagogische Angebot der Stadt Zürich ist integrativ ausgerichtet, was Auswirkungen auf die ausserschulische Betreuung hat. Damit den neuen Umständen Rechnung getragen werden kann, muss genügend gut ausgebildetes Personal angestellt werden. Unser Postulat fordert den Stadtrat auf, diese Personalbedürfnisse abzuklären. Es ist sehr wichtig, dass hier nicht gespart wird. Der zweite Punkt unseres Anliegens betrifft die HortstellvertreterInnen. Sie sollten fest angestellt werden. Sichere Arbeitsplätze sind auch ein Teil einer qualitativ hochstehenden Arbeit.*

Cäcilia Hänni-Etter (FDP) begründet den von Claudia Simon (FDP) namens der FDP-Fraktion am 13. Juli 2011 gestellten Ablehnungsantrag: *Wir lehnen das Postulat ab, weil wir heute Abend einen Paradigmenwechsel beschlossen haben. Dieser soll neue Wege*

aufzeigen, wie die Betreuung stattzufinden hat. Das Schulamt hat gerade eine Vernehmlassung ausgearbeitet, welche die Anstellungsbedingungen der HortmitarbeiterInnen behandelt. Wir sollten diese abwarten, bevor wir neue Bedingungen beschliessen.

Weitere Wortmeldungen:

Fabienne Nicole Vocat (Grüne): Es ist ein gut gemeintes Postulat, aber impliziert zwei komplett verschiedene Thematiken. Einerseits will man sonderpädagogische Massnahmen in den Horten einführen. Jetzt müssen die armen Kinder während dem Mittagessen auch noch heilpädagogisch betreut werden. Die Stigmatisierung soll direkt im Hort stattfinden. Doch das funktioniert so nicht, weil für die integrative Förderung Teamteaching mit den Lehrpersonen zwingend notwendig ist. So steht es in der sonderpädagogischen Verordnung. Zu den SpringerInnen, die fest angestellt werden sollen: Es gibt auch Menschen, die unabhängig arbeiten und nicht alle fest angestellt werden wollen. Dieses Personal würde auf Vorrat angestellt, ohne zu wissen, ob es wirklich gebraucht wird.

Dr. Thomas Monn (SVP): Die SVP ist gegen einen kontinuierlichen Ausbau von schulergänzenden Betreuungsangeboten auf Staatskosten. Das Postulat zielt einmal mehr darauf ab, die Aufgaben einer Schule mit einer Rundumbetreuung durch Hortangestellte zu vermischen. Die entstehenden Kosten sollen wie üblich die SteuerzahlerInnen tragen. Zuallererst sind die Eltern für die Betreuung ihrer Kinder ausserhalb des regulären Schulbetriebs zuständig. Für die schulergänzende Betreuung genügt eine HortleiterIn mit einer entsprechenden Ausbildung. Die Hortbetreuung muss ein freiwilliges Zusatzangebot bleiben. Zur Unterstützung der Hortleitung genügen temporär beschäftigte Betreuungsassistenzen ohne pädagogische Ausbildung. Die SVP lehnt das Postulat ab.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Die SpringerInnen wollen bewusst unabhängig und flexibel sein. Das System funktioniert. Wenn Hortpersonal ausfällt, ist das der schnellste Ersatz. Dieses System könnte verloren gehen, weshalb wir das Postulat ebenfalls ablehnen.

Dr. Esther Straub (SP): Der innere Zusammenhang dieser beiden Forderungen ist genau die Konstanz, von der heute Abend immer wieder die Rede war. Solange Schule und Hort separiert werden, ist die Kontinuität nicht gewährleistet. Der Paradigmenwechsel braucht Zeit. Bis dahin ist es wichtig, dass die integrative Förderung auch im Hort ernst genommen wird. Es ist ein Missverständnis, zu denken, in der Schule ist Integration förderlich und im Hort nicht nötig. Ein Kind mit Down-Syndrom braucht praktisch eine Eins zu Eins Betreuung, auch im Hort. Gerade für die Qualität in der Hortbetreuung sind genügend Ressourcen von Nöten. Auch Betreuungsassistenzen bauen eine Beziehung zu den Kindern auf und sind nach kurzer Zeit wieder weg. Das wollen wir nicht. Es gibt Personal, das gerne auf Abruf arbeitet, aber es gibt auch MitarbeiterInnen, die gerne einen festen Vertrag hätten.

Walter Angst (AL): Von den 700 Hortstellen sind 300 Mithilfen. Diese haben andere Anstellungsbedingungen, werden jedoch auch in Zukunft flexible Einsätze machen können. Es geht nur darum, dass sie arbeitsrechtlich mit den anderen Angestellten gleichgestellt sind. Hier zählt die Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen.

Isabel Garcia (GLP): Wir stehen dem Ausbau von sonderpädagogischen Massnahmen sehr kritisch gegenüber. Das Anstellungsreglement befindet sich momentan in der Vernehmlassung. Es ist also der falsche Zeitpunkt, hier weitere Pflöcke einzuschlagen.

Alecs Recher (AL): *Wir haben heute Abend vielleicht einen Paradigmenwechsel beschlossen im Sinne, dass Kinder vermehrt den Mittag in der Schule verbringen sollen. Wir haben nicht beschlossen, die integrative Schulung wieder rückgängig zu machen. Egal, was für Vor- und Nachteile die Kinder haben, sie sollen auch über Mittag in der Schule bleiben und mit den anderen in die Schule gehen können. Über die Aussage, die armen Kinder in Ruhe zu lassen, kann ich nur den Kopf schütteln. Es gibt Kinder, die können nicht alleine essen, sich die Schuhe ausziehen oder aufs WC gehen. Dazu wird Fachpersonal benötigt. Wir müssen auch über den Mittag die Betreuung gewährleisten können.*

Fabienne Nicole Vocat (Grüne): *Im Postulat ist die Rede von integrierter Förderung und nicht von integrierter Sonderschulung. In den Fällen, die die AL beschreibt, ist von behinderten Kindern die Rede. Natürlich brauchen diese Assistenz und Betreuung. Darüber steht aber nichts in dem Postulat.*

Katrin Wüthrich (SP): *Ich bin sehr froh um die Voten der AL und habe diesen nichts mehr hinzuzufügen.*

Das Postulat wird mit 50 gegen 63 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Gemeinsame Behandlung der nachfolgenden zwei Vorstösse GR-Nrn. 2010/76 und 2010/78.

2566. 2010/76

Postulat der SP-Fraktion vom 03.02.2010:

Evaluationen zur Qualitätssicherung und -entwicklung bei der Kinderbetreuung in Horten, Schülerclubs und Tagesschulen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Christoph Gut (SP) begründet namens der SP-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 5489/2010): *Wir haben den Sprung gewagt zu mehr Tagesschulen. Der Ausbau wird schrittweise stattfinden. Für eine sinnvolle Entwicklung benötigt die Stadt nun Daten über die einzelnen Nachfragebedürfnisse. Wie funktioniert die Umsetzung? Die Stadt muss sowieso einen Bericht erstellen über die Qualität der Betreuung und deshalb regelmässig Evaluationen vornehmen. Diese müssen nicht viel kosten. Von Seiten der Hochschulen ist vielleicht Interesse da, solch einen Umbau eines Schulsystems wissenschaftlich zu begleiten.*

Ruth Anhorn (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 10. März 2010 gestellten Ablehnungsantrag: *Seit 2010 liegt bereits eine vom Schul- und Sportdepartement (SSD) in Auftrag gegebene Evaluation über Schülerclubs und Tagesschulen mit Betreuung vor. Wir wissen, dass die Nachfrage nach Betreuungsplätzen jährlich steigt, aber nicht, ob es notwendig ist, in regelmässigen Abständen Evaluationen durchzuführen. Die Schulkreise wissen am besten, wo sie noch Betreuungsplätze brauchen. In der Kommission wird alles aus den Schulkreisen zusammengetragen und diskutiert. Wo nötig, werden, dann bestimmte Massnahmen getroffen.*

Weitere Wortmeldungen:

Cäcilia Hänni-Etter (FDP): Die FDP lehnt beide Postulate ab. Die letzten zehn Jahre sprossen die Evaluationen aus dem Boden. Trotzdem ist die Volksschule nicht wesentlich besser geworden. Die Ressourcen, die wir für die Volksschule sprechen müssen, sind für die Qualität an der Basis. Also für Kinder, Lehrpersonen, Schulklassen und Betreuungslokale. Aber nicht für noch mehr Evaluationen, die an der Basis nichts verändern. Qualität lässt sich an Handlungen messen, nicht am Schreiben von Berichten.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Die SP hätte konsequenterweise beide Postulate zurückziehen müssen. Es lohnt sich gar nicht mehr, den Hort wie er heute ist, genau zu evaluieren. Wir gehen ja bereits in eine andere Richtung. Die Auswirkungen der Massnahmen, die heute beschlossen wurden, müssen evaluiert werden.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Es stimmt, dass die Evaluation zur Qualitätssicherung schon einmal gemacht wurde. Aber die heutige Debatte hat gezeigt, dass die Meinungen relativ stark auseinander gehen. Zudem geben wir in den nächsten Jahren relativ viel Geld aus an Betriebskosten. Deshalb lohnt es sich, nicht jedes Jahr, aber doch regelmässig eine Evaluation zu machen. Wir müssen sicherstellen, dass wir bedürfnisgerecht auf dem richtigen Weg sind. Für das zweite Postulat gibt es die gesamtstädtische Strategie Betreuung, die auf Standards eingeht, weshalb man sich den geforderten Bericht sparen kann.

Isabel Garcia (GLP): Auch wir lehnen beide Postulate ab. Die wesentlichen Erkenntnisse, was gute Kinderbetreuung ist und was nicht, liegen längst vor. Sollte dies in einzelnen Fällen nicht so sein, erwarten wir von der Führungscrew, dass dem umgehend Abhilfe geschaffen wird. BetreuerInnen vor Ort müssen nicht unnötig bevormundet und mit Administration belastet werden. Sie sollen Kinder betreuen und nicht Formulare wälzen. Wir erwarten, dass in der Schulbetreuung tätige Personen entsprechend qualifiziert sind, wie man mit Kindern am besten umgeht, wie man sie am besten unterstützt. Das Personal soll auf dem neuesten Stand sein und nicht erst noch Evaluationen und Untersuchungen lesen. Wenn Unzufriedenheiten vorkommen, sollen die beteiligten Personen das Gespräch suchen. Nur so können Lösungen gefunden werden. Das ganze Zertifizierungswesen bringt nur eine Scheinsicherheit mit sich und nützt den Kindern und Jugendlichen nichts.

Walter Angst (AL): Wir erleben den grössten Umbau des ganzen Betreuungswesens in den Horts. Wenn es eine Belastung gibt, ist es dieser Umbau. Den wollen wir begleitet wissen durch Abklärungen. Erfüllen wir den hohen Standard? Benötigen wir mehr Ressourcen? Können wir mit den beschlossenen Massnahmen überhaupt soviel Geld sparen, dass es sich lohnt? Es ist nicht gut, wenn die Befürchtungen des Personals eintreffen. Der Anteil des Personals pro Platz nimmt ab. Wir sollten bereit sein, diese Entwicklungen anzuschauen.

Thomas Wyss (Grüne): Die neuen Modelle müssen implementiert werden. Ein solcher Bericht ist nötig, aber wenn man ihn innerhalb eines Jahres verlangt, könnte er nicht umfassend sein. Deshalb stellen wir einen Textänderungsvorschlag zum Postulat GR-Nr. 2010/78, der diesem Umstand Rechnung trägt und die Jahresklausel aufhebt (vgl. (vgl. Beschluss-Nr. 2567/2012)). Mit dem Textänderungsantrag würden wir das Postulat unterstützen.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Wir müssen die politische Verantwortung übernehmen für die Grundsatzentscheide, die gefällt werden. Dies soll den Kindern zugute kommen. Auf der Grundlage einer Zusammenstellung von Qualitätskriterien, an die sich die Stadt für die Entwicklung hält. Wir halten an beiden Postulaten fest und nehmen die Textänderung der Grünen entgegen.*

Das Postulat wird mit 55 gegen 62 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2567. 2010/78

Postulat der SP-Fraktion vom 03.02.2010:

Betreuungseinrichtungen der städtischen Volksschule, Qualitätssicherung und -entwicklung, Bericht

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP) begründet namens der SP-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 5491/2010): *Qualität ist etwas, worüber wir uns unterhalten müssen. Welche Überlegungen werden von der Stadt angestrebt? Welche werden von der Stadt als handlungsleitend angesehen? An welchen Kriterien soll sich die Qualität in den städtischen Betreuungseinrichtungen orientieren? Zum Ausbau der Tagesstrukturen wurde bereits grosse Arbeit geleistet. Das Projekt kann aber noch nicht so durchgeführt werden. Mit geringem Aufwand kann die Stadt einen sinnvollen Bericht vorlegen, der ihre Leitlinien verständlich zusammenfasst.*

Ruth Anhorn (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 10. März 2010 gestellten Ablehnungsantrag: *Seitens der SP-Fraktion werden riesige Anforderungen an die Stadt gestellt. Es wird innerhalb eines Jahres ein Bericht verlangt, der unser Erachtens von dritter Seite erstellt werden soll. Die Prozessqualität muss von einem unabhängigen Unternehmen untersucht werden, sonst liegt keine neutrale Beurteilung vor. Ein solcher Bericht ist nicht notwendig und wird zu teuer.*

Weitere Wortmeldungen sowie Textänderungsantrag von Thomas Wyss (Grüne) siehe GR-Nr. 2010/76, Beschluss-Nr. 2566/2012.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP) ist mit der folgenden Textänderung einverstanden:

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat ~~innerhalb eines Jahres~~ einen Bericht vorzulegen, der festhält, welche Qualitätsmassstäbe für die Betreuungseinrichtungen der städtischen Volksschule gelten und mit welchen Massnahmen die Qualität gesichert und kindgerecht weiterentwickelt werden kann. Dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

Das geänderte Postulat wird mit 55 gegen 61 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2568. 2012/156

Schriftliche Anfrage von Salvatore Di Concilio (SP), Katrin Wüthrich (SP) und 13 Mitunterzeichnenden vom 04.04.2012: Arbeitsbedingungen für die Weibeldienste der Stadtkanzlei Zürich

Von Salvatore Di Concilio (SP), Katrin Wüthrich (SP) und 13 Mitunterzeichnenden ist am 4. April 2012 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Weibel der Stadtkanzlei sind betroffen von der zunehmenden Zahl von Doppel- und Nachtsitzungen. Im Zusammenhang mit den Arbeitszeiten der Weibel bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen.

1. Wie viele Weibel sind in welchen Funktionen beschäftigt? Welche normalen und welche speziellen personalrechtlichen Bestimmung gelten?
2. Wie hoch ist die wöchentliche Arbeitszeit und die Ferienregelung? Wenn diese nicht identisch sein sollten mit dem städtischen Personalrecht: Weshalb nicht?
3. Welche Arbeitszeiten gelten für Weibel? Werden die arbeitsrechtlichen Höchstarbeitszeiten und Pausenregelungen immer eingehalten? Wenn Nein: Warum nicht?
4. Wie wird Überzeit kompensiert oder entschädigt?
5. Wie wird Nachtarbeit kompensiert oder entschädigt?
6. Wie ist die Entlohnung geregelt? Existieren besondere finanzielle Bestimmungen in den Arbeitsverträgen?
7. Welche Arbeitsplätze stehen den Weibeln zur Verfügung?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 11. April 2012, 17.00 Uhr.